



10700

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/13

Hannover, 31. Januar 1949

Künstliche Sensation

P.R. Die Ereignisse, die auf eine grössere russische Friedensbereitschaft hindeuten, sind, mit Ausnahme vielleicht des Stalin-Interviews, sämtlich keine Überraschung. Sie sind weniger - und dies einschliesslich der Stalin-Erklärung - als Ausgangspunkte einer grundsätzlich neuen, als vielmehr als Auswirkungen einer bereits eingetretenen, für die Sowjetunion recht ungünstigen Entwicklung zu bewerten. Nicht die Symptome sind interessant, sondern die Ursachen. Man hat es in den vergangenen Jahren immer wieder erlebt: die russische Haltung versteifte sich, wenn es dem Kreal darauf ankam, sich erhebbende Möglichkeiten einer Veräusserung der westlichen Position zu stören und vielleicht sogar zu inhibieren. Geling das nicht, war die russische Taktik nicht immer klug und elastisch genug, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Die russische Diplomatie hat gewiss eine hohe Kunst des Schikanierens entwickelt, aber sie hat nie versucht, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen.

Moskau hat in letzter Zeit mancherlei Annahmen gemacht. Der Marshall-Plan funktioniert einseitig so gut, wie es nur grosse Optimisten erhoffen konnten, und der andere, der "Werschall-Stalin-Plan", der dieser Tage verhängt wurde, ist dagegen ein kümmerliches Surrogat. Die Luftflotte hat ihre Prüfung glänzend bestanden und General Winter, der ewige Verlobte der Russen, blieb aus. Westunion und Atlantikpakt nehmen immer festere Gestalt an, auch wenn sie für die russischen Generale im Augenblick vielleicht noch kein besonders imponierendes Aussehen haben. Aber sie können es schneller bekommen als die Russen eine Serienfabrikation von Atombomben erreichen. Der vollkommenste Fehlschlag war die beabsichtigte attraktive oder - betäubende eigene Wirkung auf die Mentalität der Deutschen in Ostdeutschland ist die SED die bestgehasste Institution und in Westdeutschland hat der Kommunismus den Tiefstand in seiner bisherigen Geschichte erreicht. Der Ober-Geist, Oberst Tolbunow, hat inzwischen dem erfahrenen Diplomaten Semjonow Platz gemacht. Schliesslich ist, bildlich gesprochen, der Einsatz in den französischen und italienischen Filialen des Kominterns ganz erheblich zurückgegangen.

Das alles wird nicht hindern, dass die Russen auch in diesem fortgeschrittenen Stadium der westlichen Konsolidierung versuchen werden, noch gewisse Korrekturen gegen die geäußerte Friedensdenkbereitschaft einzuhandeln. Stalin selbst hat auf die ihm sicher sehr gelegene Frage nach seiner Stellungnahme zu einem westdeutschen Staat bereits entsprechendes gesagt, und in der Stellungnahme des Moskauer Aussenrates vom Sonnabend sind die Westunion und der Atlantikpakt in diesem Sinne erwähnt.

Auf der anderen Seite steht in der russischen Bilanz der grosse Aktivposten China. Nichts ist natürlicher als das russische Bestreben, sich nun zunächst einmal damit zu beschäftigen, den hier gewonnenen Einfluss auszubauen. Dieses riesige Gebiet ist für absehbare Zeit eine schwere Belastung. Es ist ein weiterer von den zerrütteten, zerschlagenen, hoffnungslos armen Räumen, an denen die russische Einfluss-Sphäre so reich ist. Die riesigen Werte, die das Land in seinem Schooss birgt, zu realisieren, erfordert einen kaum zu errechnenden Aufwand an Kapital und Organisationskraft, an Forschergeist und Produktionsgütern. An alledem ist Russland selbst bedürftig. Das Chaos - die Sowjets erfahren es nicht zum ersten Mal - ist ein vorzüglicher Dünger für den Kommunismus, aber es ist der Todfeind für jeden Staat, auch einen kommunistischen. Die Herren des Treals sind keine Phantasten, wie Hitler einer war. Wenn sie die Gefahr spüren, sie könnten sich übernehmen, so stecken sie die Pflocke zurück und werfen sich mit Bifer auf ein Gebiet, wo sie auf der Linie des geringeren Widerstandes Erfolg haben könnten. In der Gedenkrede zum 25. Todestag Lenins erinnerte der Sprecher, ein gewisser V.N. Pospelow, an ein Wort Lenins, dass es nicht darauf ankomme, ob das Ende des Kapitalismus zwanzig Jahre früher oder später kommt und auch an ein Stalin-Wort aus der Zeit unmittelbar nach dem Kriege, Russland brauche, um gegen alle Überraschungen geschützt zu sein, "drei neue Fünfjahrespläne, wenn nicht mehr."

Das alles besagt nicht mehr, als dass eine temporäre Vertagung letzter Entscheidungen wahrscheinlich ist. Zunächst wird es wieder einmal ermüdende Verhandlungen geben. Es ist leider ganz ungewiss, zu welchem Provisorium sie führen werden. Wenn zwei Machtgruppen von dem Gewicht und der Gegensätzlichkeit der angelsächsischen und der russischen einen modus vivendi anstreben und finden, ist die Gefahr für die am grössten, die in Abhängigkeit von beiden leben. Deshalb kann man in Deutschland der leichten Besserung der weltpolitischen Wetterlage nicht recht froh werden. (m/1/311/1/he)

Der Sieg Israels

sp. Der junge jüdische Staat hat in den letzten Tagen mit seiner de jure oder de facto-Anerkennung durch die meisten heute massgebenden Staaten den grössten politischen Erfolg in seiner jungen Geschichte gehabt. Besonders in England hat die Diskussion über Palästina zeitweilig alle anderen Themen in den Hintergrund gedrängt. Dieser Tage nun veröffentlichte der bekannte englische Abgeordnete Crossman im "Volkerecht", dem offiziellen Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, einen Augenschein-Bericht aus Palästina, der uns besonders bemerkenswert erscheint.

Crossman zahlt zunächst einige politische Realitäten auf, die bei einer Beurteilung der neuen Situation unbedingt zu berücksichtigen seien: der militärische und politische Zusammenbruch der Arabischen Liga und im Zusammenhang damit schwerste innere Erschütterungen in allen arabischen Staaten, die gesicherte Existenz des Staates Israel, die widerlegte These von einem angeblichen jüdischen Imperialismus, und schliesslich die Tatsache der Neutralität des Staates Israel.

Crossman schreibt dann u.a.: "Von der schicksalschweren Illusion ausgehend, dass die arabischen Armeen die Juden ohne weiteres besiegen werden, basierte unsere Palästina-Politik auf einer von Vorurteilen gestützten Fiktion, die jetzt unsere gesamte Position im Mittleren Osten zu zerstören droht. Diese Position kann nicht durch grossartige militärische Gesten gerettet werden, sondern nur durch eine nüchterne Neueinschätzung der Realitäten.

Am 15. Mai sahen sich die Israeliten drei Aufgaben gegenübergestellt, von denen jede für sich sogar ihnen zu gross erschien, um in Angriff genommen zu werden. Erstens mussten sie den Kriegsgewinnen als eine Nation von 800.000 Menschen gegenüber sechs Nationen von vierzig Millionen Menschen. Zweitens mussten sie während der Erringung des Sieges aus dem Chaos heraus, das die abziehende Mandatsverwaltung absichtlich zurückgelassen hatte, einen Staat schaffen. Drittens mussten sie während der Erringung des Sieges und der Aufrichtung des Staates 130.000 neue Einwanderer ins Land bringen und ansiedeln. Israel vollbrachte alle drei Aufgaben."

Abschliessend stellt Crossman fest: "Aus dem Krieg, der ihnen durch britische Politik aufgezwungen worden war, ist der Staat Israel als eine konstruktive Kraft im Mittleren Osten hervorgegangen, als ein sozialistischer Staat des 20. Jahrhunderts inmitten des Mittelalters. Dieser Staat fühlt keine Zuneigung oder besondere Loyalität zu irgendeiner Grossmacht. Die Neutralität des Staates Israel ist die fünfte Realität, die wir ins Auge fassen müssen. Wir hätten Palästina als ein loyales Dominion haben können, nun müssen wir uns mit der Existenz des Israels als einer Schweiz des Mittleren Ostens abfinden. Darin liegt das wirkliche und positiv Gute, das aus den schmerzlichen Zerstörungen der letzten drei Jahre entstanden ist."

31. Januar 1949

"Alles ein bisschen übertrieben....."

H.L. Ein Sprecher der Militärregierung hat vor kurzem die deutsche Öffentlichkeit auf ein Geschäft aufmerksam gemacht, das einige Schützlinge der Verwaltung für Wirtschaft mit importierter Wolle auf Kosten der Verbraucher machen konnten. Die Antwort der VFW auf die dabei erhobenen Vorwürfe lässt erkennen, wie empfindlich man dort auf den Vorwurf der Beihilfe zur Hortung reagiert. Kein Wunder, wenn man an die grossen Verdienste denkt, die sich gerade diese Verwaltung um die Leute erworben hat, die mit der deutschen Not ihre Geschäfte machen wollen. Auf die Einzelheiten der Angelegenheit wird im Frankfurter Wirtschaftsrat von der SPD-Fraktion noch eingegangen werden. Es ist aber heute schon notwendig, an ein Vorkommnis aus früherer Zeit zu erinnern, das eine fatale Ähnlichkeit mit der vorliegenden Angelegenheit hat - das sogenannte OMCUS-Geschäft.

Kurz vor der Währungsreform wurde die VFW von der Militärregierung öffentlich gefragt, warum sie eine sehr erhebliche Menge der ihr zur Verfügung gestellten Textilien noch nicht an die deutsche Bevölkerung zur Verteilung gebracht habe, obwohl doch gerade an Stoffen aller Art ein dringender Mangel herrschte. Von der Verwaltung ist damals im Wirtschaftsrat geantwortet worden, dass es sich bei den Stoffen um eine ausserordentlich schlechte Qualität handle. Die Stoffe seien in amerikanischem Auftrag und nach amerikanischen Vorschriften in deutschen Fabriken hergestellt worden - um exportiert zu werden. Wegen der schlechten Qualität sei die Militärregierung auf dem sehr grossen Posten sitzen geblieben und die Verwaltung für Wirtschaft habe es deshalb nicht für ihre Aufgabe gehalten, den Deutschen die mit Löwen- und Tigerköpfen bedruckten Stoffe aufzuhängen. Die rechte Seite des Hauses hatte diese Erklärung mit grossem Beifall zur Kenntnis genommen - und die Ware blieb bei den glücklichen Besitzern bis nach der Währungsreform.

Als nach dem Tage X im Überwachungsausschuss Fragen der Textilversorgung besprochen wurden und von sozialdemokratischer Seite die Forderung erhoben wurde, für eine gerechte Verwaltung zu sorgen, wurde von der Verwaltung auf die OMCUS-Ware hingewiesen. Auf die erstaunte Frage der Sozialdemokraten, ob man denn dieses so schlechte Zeug nun gegen gute DM verkaufen wollte, lächelten die Auguren und der Leiter der betreffenden Verwaltung sagte: "Das ist alles ein bisschen übertrieben gewesen, die Qualität ist gut, die Muster entsprechen durchaus dem deutschen Geschmack und die Ware wird, nachdem sie jetzt in den Ländern angeboten werden kann, sehr gern gekauft." Weiter wurde ausgeführt, dass seinerzeit keine Übersicht darüber bestanden hätte, wo die betreffenden Stoffe waren, als die Militärregierung sie für den deutschen Verbrauch freigab - da man sie aus den Exporthäfen wieder zu den Textilfirmen zurückbringen musste und somit vor der Währungsreform leider nicht fertig geworden sei. Es bedurfte für

Die deutschen Firmen, die in das Geschäft eingeschaltet waren, nur einiger Beziehungen, um mit der Wäre erst nach der Währungsreform herauszukommen.

Es ist ganz gut, sich an diesem Beispiel daran zu erinnern, was man von Auskünften aus dem Hause Erhard zu halten hat. (fs/291/2/he)

" Elternrecht "

sp. Von bestunterrichteter katholischer Seite werden wir auf eine kirchliche autoritative Begriffsbestimmung des Elternrechtes hingewiesen. Das kanonische Recht kennt den Begriff des Elternrechtes bezeichnenderweise nicht, sondern nur den der Elternpflicht. Aber eine Pflicht setzt natürlich auch ein Recht voraus. Über dieses Recht der Eltern, wie es aus der Elternpflicht gefolgert wird, gibt nun das kirchlich anerkannte katholische "Lexikon für Theologie und Kirche" (Bd. III, S. 645) folgende Auskunft:

"Elternrecht, das Recht der Eltern auf ihre Kinder, vor allem Sorge- und Erziehungsrecht. Es ist begründet im naturhaften Ursprungsverhältnis, im naturhaften Einbau des Kindes als entwicklungsbedürftigen und -fähigen Gliedes in die Familiengemeinschaft, in der naturhaften psychologischen Eignung der Eltern zur Erziehung. Es ist daher im Gegensatz zu allen andern natürlichen Rechtsansprüchen auf das Kind unmittelbar gegeben. Dieses Naturrecht ist vielfach auch positiv festgelegt (z.B. CIC can. 1113; Reichsverf. Art. 120). Das E. ist begrenzt durch die sittliche Gesamtordnung, durch das wahre Wohl des Kindes, durch seine wachsende körperliche und geistige Selbständigkeit, endl. durch das Recht der Kirche, die durch einen übernatürlichen Zeugungsakt, die Taufe, einen unmittelbaren Rechtstitel auf die übernatürliche Führung und Erziehung des Menschen erwirbt, der durch den göttlichen Lehrauftrag (Mt. 28, 18-20) ergänzt wird. Dem E. entspricht die Elternpflicht, deren Verletzung eine Einschränkung bzw. vollständige Aufhebung der Erziehungsorge und ihre Übertragung an Ersatzerziehungsfaktoren (freie Erziehungshilfe, Staatsfürsorge) zur Folge haben kann. Das E. wird bestritten von der Theorie der Staatsallmacht, die seine naturhafte Begründung verkennt und Aufzucht und Erziehung nur als den Eltern vom Staat übertragene Funktion betrachtet, ebenso von jenen soziologischen Auffassungen, bei denen die Gesellschaft unter jeder Rücksicht früher und höher ist als Individuum und kleinere Gemeinschaft (z.B. Familie, Gemeinde), endl. von der Lehre der pädagog. Autonomie, die in der Erziehung und Schule einen eigenen, von allen andern unabhängigen Bereich sieht. Die genaue Abgrenzung des sehr verwickelten Verhältnisses von Eltern-, Kirchen- und Staatsrecht, wie sie vor allem für die Gestaltung der Schulerziehung entscheidend ist, lässt sich nur finden bei sorgsamster Beachtung von Wesen und Ziel des unmittelbar gegebenen Eltern- und Kirchenrechts und des unmittelbar erfließenden Rechtes des Staates."

Es wird den unvoreingenommenen Leser überraschen, dass Begriffe wie Konfessionsschule und Konkordat überhaupt nicht erwähnt werden und dass

vor allem die Kirche kein bedingender, sondern ein eingrenzender Faktor des Elternrechtes ist, und zwar nur als einer unter vier neben der sittlichen Gesamtornung, dem wahren Wohl des Kindes und dessen körperlicher und geistiger Selbständigkeit. Diese autoritative Stimme ist von grösster Bedeutung. Ihre blosser Bekanntgabe wird Klarheit und Beruhigung in weite Volkskreise tragen, die man aus machtpolitischen Motiven in einen Gewissenskonflikt zu treiben sucht. Wir behalten uns vor, auf den Gegenstand ausführlich zurückzukommen. (m/Bl/311/1/he)

 Feierstunde - gedämpft zackig

sp. "Grosskundgebung der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Berufssoldaten und der sozialpolitischen Arbeitsausschüsse in der CDU".
 Ort der Handlung: der kleine, früher tausend, heute viertausend Menschen beherbergende Ort Leck in Schleswig-Holstein nahe der dänischen Grenze. Die Bühne des Gasthofes mit den blau-weiss-roten Farben Schleswig-Holsteins drapiert. Ein schwarz bekleidetes Podest mit Kranz und Kreuz, flankiert von zwei Pylonen, in denen die ewige Flamme den Saal in mystisches Halbdunkel hüllt. Anwesend etwa 250 Personen, fast nur Männer, vielleicht dreissig bis vierzig aus der aufgerufenen Frontkämpfergeneration.

Programm: Ehrung der Gefallenen und der Opfer der Flucht. Auch die toten alliierten Flieger der Luftbrücke werden mit eingeschlossen. Gegen das, was gesagt wurde, war wenig zu sagen.

Aber die Form dieser Feierstunde war eine einzige peinliche Erinnerung: zackige Begrüssung, unsichtbare Sturmriemen um die kräftigen Kinnladen einzelner Akteure. Freilich: Worte und Formulierungen unterschieden sich oft kaum vom Braunddeutsch anderer wackerer Demokraten. Man wird sagen, es war eine harmlose Werbung der CDU in den Kreisen der Frontgeneration im Stil der vergangenen Kriegervereine. Wir hatten aus mancherlei Anzeichen den deutlichen Eindruck, es marschierten noch andere Kräfte im Geiste mit. Solch melodramatische Feierstunden haben immer wieder deutsche Hirne unnebelt. Alles war wieder da, was dazu gehört, wenn auch noch in kleinem Format. Aber die Keimzelle grösserer Entwicklung war klar erkennbar, auch wenn zunächst nur das Schleswig-Holstein-Lied gesungen wurde. Auch der General - im schlichten Rock des Bürgers, versteht sich - fehlte nicht. Sachlich wie bei einer Kasinocansprache eröffnete er seine Rede mit dem vae victis - Wehe den Besiegten! - und schloss sie mit Oswald Spengler: Stolz auf die Härte, heroisch im Dulden, hart im Wollen, die Klage verachtend und eine dumpfe Ergebung in das Schicksal nicht kennend.

Die Feierstundler verliefen sich sehr schnell, als der Landesvorsitzende der sozialpolitischen Ausschüsse über den "Arbeiter im Kampf um die soziale und wirtschaftliche Ordnung" einen Eiertanz von Gemeinplätzen begann. - Abschliessend Ball mit Schleswig-Holstein-Schilf-Mageln, Couplets und Duetten.

Man soll nicht Gespenster sehen. Aber dieser Stil einer Feierstunde scheint uns fehl am Platze. Auch hier macht der Ton die Musik, die, einige Takte weiter, im beräuschenden Marsch enden wird.

SPD-Wirtschaftstagung in Vilbel

sp. Der erweiterte wirtschaftspolitische Ausschuss der SPD tagte am 28. und 29. Januar in Bad Vilbel bei Frankfurt/Main. Erschienen waren 24 führende Wirtschaftspolitiker der Partei. Die Beratungen gälten in erster Linie wirtschaftspolitischen Programmfragen. Nach eingehender Diskussion beschloß man, die wichtigsten Probleme von besonders anerkannten Fachleuten geschlossen darstellen zu lassen, um sie dann in einer neuen Tagung dem gleichen Gremium zur Beschlussfassung vorzulegen. Das wird voraussichtlich am 22. Februar in Frankfurt/Main geschehen. (m/1/311/1/hs)

Auch Adenauer hat verloren

sp. Eines der wichtigsten Handwerkszeuge für einen Parteipolitiker ist das Fingerspitzengefühl. Minister Spiecker hat nicht sehr viel von diesem Gefühl gezeigt, als er das Fusionsangebot Adenauers aufgriff. Er hat selbst die Warnungen aus dem eigenen Lager mißachtet und hat es am 30. Januar auf eine Machtprobe ankommen lassen. Sie fiel ~~aus~~ aus, wie von uns vorausgesagt worden war. Dr. Spiecker hat sich nicht nur verrechnet, er hat sich sogar gewaltig verrechnet. Das Votum der 239 Nein-Stimmen gegen die 26 Ja-Stimmen richtet aber nicht nur Spiecker als bisherigen Vorsitzenden des Zentrums; es richtet sich mit der gleichen Wucht einer 90-prozentigen Mehrheit gegen Adenauer. Die Delegierten des Zentrums, die am Sonntag in Oberhausen zusammengekommen waren, haben bewiesen, daß sie die Stimmung in dem von ihnen vertretenen Volksteil besser kennen als Spiecker. Sie wissen, daß "der kleine Mann" im Zentrum - und er bildet den Kern dieser Partei - nicht gemein haben will, mit dem liberalistischen Wirtschaftskurs Adenauers und Erhards.

Irren ist menschlich und Dr. Spiecker hat seinen Irrtum mit dem Vorwitz im Zentrum bezahlt. Daß er seinen Rücktritt aber mit dem Vorwurf der "Unfähigkeit und Unkenntnis" an die Nein-Sager verbindet, ist ein neuer Irrtum seinerseits. Womit will er diesen bezahlen? Er wird sich gewaltig anstrengen müssen, um den in Oberhausen verlorenen Kredit wiederzugewinnen. Es wird ihm nicht gelingen in der Nachbarschaft Adenauers, für den das Ergebnis von Oberhausen mindestens ebenso enttäuschend ist wie für Spiecker.

(m/2/311/2/hs)